

Bundestagsfraktion an die Bundesregierung. Die Gesellschaft betreibe im Auftrage des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) die Endlager für Atommüll in Deutschland. Während die DBE zunächst in

Bundeseigentum gestanden habe, sei sie nunmehr ein privatrechtliches Unternehmen. Haupteigentümer des DBE sei die Gesellschaft für Nuklearservice mbH, die wiederum hauptsächlich den Energiever-

sorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreibern EON, RWE und Vattenfall Europe gehörten. Zwei Drittel des Haushaltes des BfS fließen laut einem Magazinbericht an die DBE. Die Zu-

sammenarbeit zwischen BfS und der DBE erfolge auf der Grundlage mehrerer Verträge, insbesondere auf einem mehrfach geänderten Kooperationsvertrag, so die Grünen. ●

DU-Munition

„Todesstaub“

Mit einem Sechs-Punkte-Antrag reagierte die Bündnisgrüne Bundestagsfraktion auf einen offenen Brief der Pritzwalker Initiative „Gesicht zeigen“. Deren Mitglieder hatten im Herbst 2008 zum zweiten Mal Adressaten in Berlin angeschrieben, um die Ächtung von DU-Munition zu erreichen. Die Munition ist mit abgereichertem Uran (depleted uranium, DU) versetzt, um eine höhere Durchschlagskraft der Geschosse zu erzielen. Der radioaktive Staub, der bei Treffern freigesetzt wird, kann zu gesundheitlichen Schäden auch bei der Zivilbevölkerung führen. Die Verfasser des Briefes um den ehemaligen Pfarrer Ulrich Preuß stützen sich auf Aussagen unter ande-

rem der Professoren Siegwart-Horst Günther und Albrecht Schott, für deren Arbeit sie Unterstützung fordern. Es sei bedauerlich, daß Forschung in diesem Bereich von Privatleuten finanziert werden muß, meint Preuß.

Die Fraktion der Bündnisgrünen verweist darauf, daß DU-Munition eigentlich bereits unter das Verbot von Kampfmitteln fällt, deren Wirkung nicht begrenzt werden kann und die militärische Ziele ebenso wie Zivilpersonen treffen können und fordert trotzdem neben internationalen Untersuchungen in ihrem Antrag unter anderem ein weltweites ausdrückliches Verbot von DU-Munition. Auch der Rückzug der deutschen Soldaten aus gefährdeten Gebieten hätte gefordert werden können, meint Preuß dazu.

Trotz mehrjähriger Proteste

hat die deutsche Bundesregierung Fortschritte zur Ächtung der Uranmunition bisher blockiert. Die Munitionsart, die außergewöhnliche Zerstörungskraft besitzt und daher von NATO-Mitgliedern in sämtlichen größeren Kriegen seit Beginn der 1990er Jahre eingesetzt worden ist, ruft ernste Kontaminationen in ihren Einsatzgebieten hervor. Nach Erkenntnissen westlicher Militärexperten sind davon Hunderttausende, womöglich Millionen Menschen an den Schauplätzen westlicher Kriegsinterventionen betroffen: im Irak, im früheren Jugoslawien und in Afghanistan.

Die Bundesregierung bestreitet bislang Verbindungen zwischen dem Einsatz von Uranmunition und Erkrankungen, zumal sich die Vorwürfe auch auf Kriege mit deutscher Beteiligung beziehen und über-

wiegend Bündnispartner der Bundesrepublik betreffen. Zudem waren deutsche Rüstungskonzerne und die Bundeswehr in die Entwicklung und Erprobung von Uranmunition involviert. Ein deutsches Gericht beschwerte sich darüber, von der Bundeswehr bei der Aufklärung von Vorwürfen, Uranmunition sei in Deutschland in erheblichem Umfang getestet worden, getäuscht worden zu sein. „Die Bundeswehr wird weiterhin die Aufklärung behindern und damit Menschenleben gefährden“, vermutet deshalb der Dokumentarfilmer Frieder Wagner, der sich seit Jahren mit dieser Thematik befaßt, im Gespräch mit German-Foreign-Policy.com. Mehr dazu im Internet unter <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57423> ●

Atomwirtschaft

Morddrohung gegen bulgarische AKW-Gegner

RWE unterschrieb Vertrag über einen Einstieg in das Atomkraftwerk Belene und fühlt sich nicht zuständig.

Die bulgarischen Atomkraftgegner Petko Kovatchev und Albena Simenova haben im Dezember 2008 Morddrohungen wegen ihres Engagements gegen das geplante Atomkraftwerk Belene erhalten. Beide wurden gewarnt, daß ihr Leben in Gefahr sei, wenn sie ihr Engagement gegen Belene fortsetzen.

Albena Simenova erhielt danach noch einen Anruf mit dem Hinweis, daß sie alle für den Tag geplanten Aktivitäten

abblasen solle, wenn sie abends noch leben wolle. Für die 44-jährige ist dies keine neue Erfahrung, die prominente Umweltschützerin wurde bereits 2005 wegen ihres Engagements gegen Belene bedroht. Die Biobäuerin engagiert sich seit Mitte der 1980er Jahre gegen das Belene-Projekt und war maßgeblich am Aufbau der bulgarischen Umweltbewegung nach Ende des Kommunismus beteiligt. Für ihr Engagement erhielt sie

1996 den renommierten Goldman Umwelt Preis. „2005 blieb es nicht nur bei Morddrohungen; es gab auch zwei Anschläge auf Albena“, erklärt Jan Haverkamp, Mittel- und Osteuropa-Experte von Greenpeace. „Auch diesmal sind wir sehr besorgt. Auffällig ist, daß die Drohungen jetzt kommen, wo Albena zahlreiche Gespräche mit lokalen Bürgermeistern führt, die beginnen, sich ebenfalls gegen Belene zu engagieren.“

Die Bürgermeister hatten sich Anfang Dezember 2008 mit der Bitte an RWE gewandt, nicht als strategischer Investor bei Belene einzusteigen, weil es zu viele Bedenken gegen das Projekt gibt. „RWE behauptet, daß Sicherheit oberste Priorität habe und dies auch für internationale Projekte

gelte“, erklärt Heffa Schücking, Geschäftsführerin der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald. „Nach unserer Bitte, beim bulgarischen Innenminister vorstellig zu werden, um sich für den Schutz der Atomkraftgegner einzusetzen, hat sich RWE jedoch nicht zurückgemeldet. Offenbar fühlt sich der Konzern hier nicht zuständig“, berichtet Schücking. „Es ist uns ein Rätsel, wie RWE bei einem Projekt wie Belene hohe Sicherheitsstandards garantieren will, wenn in Bulgarien Projektkritiker um ihr Leben fürchten müssen“, fügte sie hinzu.

Korruption und Bedrohung gehören in Bulgarien zum politischen Alltag und ist Praxis auch höchster Kreise. In 2007 etwa mußte Wirtschafts- und